

Mehr Präsenz in Angsträumen

Wo sehen die Bürger gefährliche Orte in Haßloch, wie ist es um ihr Sicherheitsgefühl bestellt? Um diese Fragen zu klären, schlägt die CDU eine „Sicherheitspartnerschaft“ von Polizei und Ordnungsamt vor. Bürger sollen mit ihren Ängsten ernst genommen werden.

Hassloch. „Ein wichtiges Gut unserer Bürger ist die persönliche Sicherheit“, schreibt der Fraktionsvorsitzende Daniel Mischon in der Begründung des CDU-Antrags. Sie werde hauptsächlich durch Kriminalität, Verkehrsunfallrisiko und Naturgefahren beeinflusst. Kriminalität könne neben dem Verlust von Besitz zu körperlichen Schmerzen, Stress und Angstzuständen führen. Für die Bürger sei vor allem die subjektiv wahrgenommene individuelle Sicherheit ausschlaggebend, „also eine Art gefühlte Sicherheit“.

Hier will die CDU mit ihrem Antrag einsetzen. Ziel soll die Gründung einer „Sicherheitspartnerschaft für Haßloch“ sein. Hauptpartner wären die Polizeiinspektion Haßloch und das Ordnungsamt. Diese Partnerschaft soll zuerst für ein Jahr angelegt werden und danach bei einer Analyse bewertet werden. In einer ersten Phase geht es nach Vorstellung der CDU darum, subjektiv gefährliche Orte festzulegen. Wenn man sich mit den Bürgern unterhalte, zählten in Haßloch zweifelsfrei das Gelände rund um den Bahnhof mit Parkplätzen und Unterführung, der Ebertpark, bestimmte Spielplätze und besonders die Bereiche des Rathausplatzes und des Jahnplatzes dazu, heißt es in der Begründung des Antrags weiter.

Bürger sollen die Möglichkeit bekommen, solche Orte, an denen ihr Sicherheitsgefühl beeinträchtigt ist, zu benennen. Im Gespräch mit der RHEINPFALZ erläutert CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Mischon, der selbst stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Bad Dürkheim ist, was damit konkret gemeint ist. Besonders zu bestimmten Uhrzeiten fühlten sich Bürger an den genannten Orten unwohl beziehungsweise beschwerten sich über Ruhestörungen oder Sachbeschädigungen. Manchmal heiße es auch, Ordnungsamt und Polizei würden nichts dagegen unternehmen.

Es gehe darum, sich um die Ängste der Menschen zu kümmern und ihnen das Gefühl zu geben, sie würden mit ihren Sorgen ernst genommen. Auch sollten Polizei und der Ordnungsbehörde „Präsenz zeigen“. Von vielen Bürgern werde es durchaus positiv wahrgenommen, wenn die Beamten vor allem an solchen Orten verstärkt kontrollieren. In der nächsten Phase, heißt es im CDU-Antrag weiter, sollen alle Meldungen der Bürger an das Ordnungsamt und analog alle Meldungen und Strafanzeigen, die zu diesen Orten bei der Polizei eingehen, zusammengetragen und dokumentiert werden. Hier gehe es um Meldungen über Ruhestörungen, Sachbeschädigungen, Graffiti-Schmierereien, Belästigungen, Beleidigungen, Bedrohungen bis hin zu Körperverletzungen. So könne eine verlässliche Datenbasis für jeden Bereich geschaffen werden, an dem sich Bürger unwohl fühlen.

Wichtig sei hierbei, dass die Daten sowohl von der gemeindlichen als auch von der polizeilichen Seite zusammengeführt werden. Nach sechs Monaten beziehungsweise einem Jahr sollten Bewertungen stattfinden, um ein aussagefähiges Lagebild zu den jeweiligen Orten zu erhalten.

Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit solle stattfinden. Neben gemeinsamen Kontrollen und Streifen des Ordnungsamtes und der Polizei sei am Bahnhof eine Zusammenarbeit mit der Bundespolizei denkbar, zum Beispiel hinsichtlich Fahrraddiebstählen. In diesem Zusammenhang könnten auch Aktionen stattfinden, bei denen örtliche Fahrradhändler sichere Schlösser am Bahnhof vorstellen und zum Kauf anbieten.

Auf der Grundlage der gewonnenen Daten könnten schließlich auch Aussagen getroffen werden, ob eine „präventive Videoaufzeichnung“, die bereits in der Vergangenheit von der CDU-Fraktion gefordert worden war, doch sinnvoll wäre. Die Videoüberwachung war vor einigen Jahren daran gescheitert, dass der Bereich um den Bahnhof nicht als Kriminalitätsschwerpunkt eingestuft worden war. Die CDU-Fraktion beantragt, die Gemeindeverwaltung damit zu beauftragen, die Einführung einer Sicherheitspartnerschaft mit der Dienststellenleitung der Polizeiinspektion Haßloch zu besprechen. Sollte es von polizeilicher Seite aus zu einer positiven Rückmeldung kommen, solle eine Sicherheitspartnerschaft ins Leben gerufen werden.

Polizeichef steht Idee offen gegenüber Grundsätzlich stehe er einer Sicherheitspartnerschaft

positiv und „sehr offen“ gegenüber, sagt auf Anfrage der Leiter der Haßlocher Polizeiinspektion, Frank Hoffmann. Er erinnert daran, dass – vor seinem Dienstantritt in Haßloch – Anfang 2020 zwei „Abendbegehungen“ mit Ordnungsamt und Polizei stattfanden, an denen auch interessierte Bürger teilnehmen konnten. Dabei waren die Bereiche um den Bahnhof und den Rathausplatz in den Blick genommen worden. Weitere eigentlich geplante Begehungen fielen der Pandemie zum Opfer. Mit dem Ordnungsamt arbeite die Polizei bereits jetzt eng zusammen, so Hoffmann. Die Kooperation zu verstärken, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen, hält er für eine „super Sache“.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu privaten, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.

Versandt mit der RHEINPFALZ-App

Sie möchten das Digital-Angebot der RHEINPFALZ testen?

Mit nur einem Login sind Sie jederzeit und überall informiert – per App, E-Paper oder auf www.rheinpfalz.de per Smartphone, Tablet oder PC. Sichern Sie sich Ihr Testangebot unter angebote.rheinpfalz.de/digital-testen.